



Werner Graf, Co-Fraktionsvorsitzender der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus | Bild Sandro Halank, Wikimedia

Gefährliche Grüne

13. Januar 2026

„Feuer und Flamme für diesen Staat“ lautete einst eine Parole der militärischen bundesdeutschen Linken. Bis heute hegen Teile des links-grünen Lagers teils klammheimlich, teils offen Sympathie für politische Gewalttäter, sofern sie nur für eine vorgeblich gute Sache Steine werfen oder Brände legen. Dieses Spiel mit dem Feuer allein ist schon verwerflich. Lassen sich damit doch selbst Anschläge wie der jüngste auf die Berliner Stromversorgung vermeintlich rechtfertigen – die Gefährdung von Menschenleben wird quasi als Kollateralschaden in Kauf genommen.

Die Hauptstadt-Grünen, denen seit jeher eine gewisse Nähe zu Antifa und Co. nachgesagt wird, setzen noch einen drauf. In einem internen Schreiben gibt die Fraktionsführung für den bevorstehenden Wahlkampf die „Kommunikationslinie“ zum Thema „Stromausfall/Wegner“ vor. Tenor: bloß „NICHT Täter*innen/Ermittlungen in den

Mittelpunkt ziehen“. Im Klartext: Die Schuld soll letztlich dem Regierenden Bürgermeister in Schuhe geschoben werden. In der Wahlkampf-Anleitung liest sich das so: „Wir haben ein strategisches Interesse daran, dass die Debatte um Kai Wegner lange medial begleitet wird und als Führungs-/Kompetenzfrage beim Regierenden Bürgermeister hängen bleibt.“

Das ist nicht nur geschmacklos, sondern zutiefst Menschen verachtend. Aber es passt zu einer Partei, deren Vordenker Jürgen Trittin nach der Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback 1977 ein Pamphlet verteidigte, in dem „klammheimliche Freude“ bekundet wurde. Oder deren Übervater Joschka Fischer seine Karriere als linksradikaler Straßenkämpfer im Frankfurt der 1970er Jahre begann. Berlins Grüne sollten wissen: Wer einen Brandanschlag zu Wahlkampfzwecken instrumentalisiert, ist keinen Deut besser als die Täter. (evo)